



Bildungspolitik: Grotenschlechte CSU/FDP-Regierungsbilanz

Hans-Ulrich Pfaffmann: Statt wie vollmundig getönt, Lehrer zusätzlich einzustellen, ist die schwarz-gelbe Bildungspolitik eine Sparpolitik und geht weit am Bedarf der Schulen vorbei. SPD wird bei den Haushaltsberatungen 2011 auf deutliche Verbesserungen dringen.

Eine „grotenschlechte“ Regierungsbilanz hat der SPD-Bildungssprecher und Vorsitzende des Landtagsausschusses für Bildung, Jugend und Sport, **Hans-Ulrich Pfaffmann**, der Staatsregierung in einer Pressekonferenz „Bildungspolitik 2010/2011: Rückblick – Ausblick“ vorgeworfen. Im einzelnen führte Pfaffmann aus:

„Trotz Einführung der Mittelschule oder der Veröffentlichung der PISA Ergebnisse, die Verbesserung der Rahmenbedingungen an allen Schularten ist und bleibt die entscheidende bildungspolitische Herausforderung. Alle rhetorischen Verdrehungen, alle stellenplantechnischen Tricks haben die Schulen nicht vorangebracht. Seit Jahren werden kleinere Klassen versprochen, mehr individuelle Förderung angekündigt, weniger Unterrichtsausfall vorhergesagt – kaum etwas wurde eingehalten und umgesetzt.

Seit Jahren wird in Sonntagsreden die Bedeutung des Lehrerberufes herausgestellt. Gleichzeitig wird die Bezahlung der Lehrer und Lehrerinnen verschlechtert und die Motivation Lehramt zu studieren durch schlechte Studienbedingungen und Ausnutzung der Referendare und Referendarinnen bewusst zerstört.

In der Mitte der Legislaturperiode 2008 bis 2013 zeigt sich, dass die CSU/FDP-Koalition in Bayern den bildungspolitischen Herausforderungen der Zukunft nicht gewachsen ist. Diese Koalition ist weder bereit die Bildungspolitik in den Mittelpunkt der Regierungszeit zu rücken, sie ist nicht bereit bedarfsgerecht Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um die Rahmenbedingungen an den

Schulen erkennbar zu verbessern.

Als größte Enttäuschung muss die FDP betrachtet werden. Vor der Landtagswahl 2008 zeigte sich die FDP als „der größte Kontrast zur CSU“. In den zwei Jahren Regierungsbeteiligung ist klar geworden, nichts Wesentliches der FDP-Wahlversprechungen wurde umgesetzt. Die FDP ist in bildungspolitischen Fragen der Erfüllungsgehilfe der CSU. Die bildungspolitische Regierungsbilanz CSU/FDP ist „grottenschlecht.“

Beispiel: Die Lehrerlüge

Das Versprechen

1000 Lehrer wollte die Bayerische Staatsregierung jedes Jahr und zusätzlich einstellen, um große Klassen abzubauen und die individuelle Förderung zu verstärken, um Ganztagsangebote an allen Schularten einzurichten und um Migrantenkinder die notwendige Deutschförderung zukommen zu lassen. Außerdem sollte die sogenannte „demographische Rendite“ den Schulen erhalten bleiben. So steht es im Koalitionsvertrag, so versprach es Kultusminister Dr. Spaenle und viele andere CSU/FDP Vertreter und Vertreterinnen in vielen schönen Reden und Regierungserklärungen.

Die CSU/FDP Nebelkerzen

Am 12. Mai 2010 wird in einem Rundfunkinterview Minister Spaenle zitiert: „Wir müssen im Moment davon ausgehen, dass es einen solchen Planstellenzuwachs nicht geben wird.“ Ein Sturm der Entrüstung brach los, mit der Folge, dass Ministerpräsident Horst Seehofer öffentlich erklärte: Die versprochenen 1000 Lehrer kommen. Die Kabinettsklausur in St. Quirin ergab: Aus den zusätzlichen 1000 Lehrern wird nichts. Außerdem muss das Kultusministerium noch 640 Stellen an die notleidenden Hochschulen abgeben. Jetzt sollen doch 500 zusätzliche Lehrerstellen aus Rücklagen finanziert werden.

Die gleiche „Verschleierungstaktik“ gilt bei dem Versprechen die „demographische Rendite“ den Schulen zu erhalten. Die durch den Schülerrückgang frei werdenden Lehrerstellen werden „über Nacht“ zu zusätzlichen Stellen erklärt.

Die Realität 1 – Die zusätzlichen Lehrerstellen Im Schuljahr 2010/2011 scheiden insgesamt 2930 Lehrer und Lehrerinnen aufgrund von Ruhestandsversetzungen

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

aus dem Schuldienst aus:

Davon 1500 an Volksschulen, 190 an Realschulen, 850 an Gymnasien, 150 an Förderschulen und 240 an beruflichen Schulen. Die Einstellungen reichen in Teilbereichen nicht einmal aus, den Ersatzbedarf zu decken:

Grund- und Hauptschulen	1500 und 760 Altersteilzeit	1170
	Summe 2260	
Realschulen	190 und 170 Altersteilzeit	600
	Summe 360	
Gymnasien	850 und 310 Altersteilzeit	950
	Summe 1160	
Gesamt	3780	2720

Damit ist alleine am Ersatzbedarf nachgewiesen, dass Planstellen für Lehrer und Lehrerinnen eher eingespart werden, als zusätzlich bereitgestellt.

Die Realität 2 – Der Erhalt der „demographischen Rendite“

Die frei werdenden Lehrerstellen werden nicht dazu eingesetzt, endlich die Rahmenbedingungen an den bayerischen Schulen zu verbessern, Klassen zu verkleinern, Ganztagsangebote auszuweiten und die Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern. Stattdessen wird über ein Drittel der Stellen zur Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs an die Universitäten abgegeben.

Demographisc	600	640	
he Rendite	Spaenle SZ	Spaenle SZ	
(Volksschulber	9.11.2010	9.11.2010	
eich)			
Schulorganisat	1.800		
orische	FM		
Rendite	Fahrenschon		
(Gymnasialber	am 08.11.2010,		
eich)	AZ		
Gesamt	2.400	640	1760

Hinweis: 462
Stellen sind
bereits 2010
an Heubisch
gegangen

Die verbleibenden 1760 bereits vorhandenen Stellen „verkauft“ Kultusminister Spaenle nun als zusätzliche Stellen im Sinne des Koalitionsvertrages für die Jahre 2011 und 2012! Zum Wortbruch kommt arglistige Täuschung.

Das Fazit der Lehrerlüge

In keinem Bereich der Landespolitik herrscht soviel Unklarheit und Intransparenz. Die meisten „CSU/FDP-Nebelkerzen“ werden bei der Frage der Planstellen für Lehrer und Lehrerinnen geworfen. Dies macht deutlich wie hoch der „Verschleierungsbedarf“ ist. In keinem anderen Bereich wurde so wenig getan und soviel versprochen. Das muss natürlich, ganz in der Tradition der CSU schöneredet und wegdiskutiert werden.

Die Staatsregierung und die CSU/FDP Mehrheit im Landtag nehmen trotz ihren Versprechungen in Kauf, dass der Lehrermangel kompensiert werden muss durch:

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

- Den verstärkten Volleinsatz von Referendaren und Referendarinnen vor allem an den Gymnasien (alleine an den Gymnasien mit einem Gegenwert von 1200 Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer).
- Den verstärkten Einsatz von Aushilfen
- Die Inkaufnahme von Unterrichtsausfall und viel zu großen Klassen.
- Die deutliche Höherbelastung der vorhandenen Lehrer und Lehrerinnen.

Beispiel: Die Attraktivitätslüge

2010 startete die Bayerische Staatsregierung trotz Lehrermangel und Unterrichtsausfall ihr bislang wirksamstes Demotivationsstraining für Junglehrer.

Arbeitslose Grundschullehrer- und Lehrerinnen

Am 16. Juli 2010 wurde die diesjährige Staatsnote für das Lehramt an Grundschulen auf 1,91 festgelegt. Das bedeutet, dass für den Bereich der Grundschulen nur 27,5 Prozent der Absolventen und Absolventinnen ein Einstellungsangebot erhielten. Anders ausgedrückt, bekommt nur jeder/jede 4. Grundschullehrer/Lehrerin eine Stelle. Damit toppte die Staatsregierung ihr Vorjahresergebnis, als die Staatsnote zumindest noch 2,01 betrug und „nur“ 50 Prozent der frisch ausgebildeten Absolventen auf der Straße standen.

Benachteiligte Gymnasiallehrer- und Lehrerinnen mit Superverträgen

Im Frühjahr 2010 wurden junge Gymnasiallehrer/-innen mit sehr guten Examensnoten zunächst auf Basis sogenannter Superverträge eingestellt, d.h. als Angestellte, weil eine reguläre Anstellung beziehungsweise eine Übernahme ins Beamtenverhältnis nicht möglich war. Im Herbst stellte das Kultusministerium dann doch Absolventen aus demselben Prüfungsjahrgang als Beamte ein, obwohl diese zum Teil schlechtere Examensnoten hatten als ihre Kollegen/innen mit den Superverträgen. Letztere erhalten also nicht nur später den Beamtenstatus, sondern erhalten dann auch noch die niedrigere Eingangsbesoldung (siehe unten).

Arbeitslose Gymnasiallehrer- und Lehrerinnen

Auch von den jungen Lehrerinnen und Lehrern, die im Februar 2011 für die Gymnasien fertig werden, will Kultusminister Spaenle - selbst in den Mangelfächern - nur noch die Hälfte einstellen. Die bisherige Argumentation, es gäbe keine Mathematik- oder Latein- oder Chemielehrer, die man einstellen könnte, zieht nicht mehr. Es gibt sie, aber er stellt sie trotzdem nicht ein.

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

Absenkung der Eingangsgehälter

Das Kabinett hat beschlossen, die Eingangsbesoldung junger Lehrkräfte um eine Gehaltsstufe zu kürzen. Im Durchschnitt bekommen Junglehrer beim Berufsstart damit 200 Euro weniger im Monat. Die angehenden Lehrer hatten auf ein bestimmtes Einstiegsgehalt vertraut und unter diesen Bedingungen ihre Ausbildung oder auch Umschulung begonnen und absolviert. Sie fühlen sich jetzt – wie natürlich alle betroffenen jungen Beamten – verraten und verkauft.

Anreiz für fleißige Lehrer- und Lehrerinnen gestrichen

Laut Kabinettsbeschluss werden Leistungsprämien und -zulagen, die im neuen Dienstrecht ab 1. Januar hätten gelten sollen, für zwei Jahre ausgesetzt.

Das Fazit der Attraktivitätslüge

Junge Lehrerinnen und Lehrer zahlen die Zeche des bayerischen Haushaltsdebakels. Die Bayerische Staatsregierung zerstört auf lange Sicht Vertrauen, schreckt engagierte und geeignete Kandidaten für den Lehrberuf ab und demotiviert Lehrerinnen und Lehrer schon beim Berufsstart nachhaltig.

Beispiel: Die Investitionslüge

Immer wieder wird die Bedeutung der Bildungspolitik in Bayern verkündet. Die hohen Investitionen werden ins Feld geführt und seit Jahren wird betont, dass kein anderes Land soviel in die Bildung investiert wie Bayern. „Bildung hat Vorfahrt“ und ist „ein Schwerpunkt“ intonieren die Vertreter der CSU/FDP immer wieder und bei jeder passenden Gelegenheit. Die Realität spricht eine andere Sprache:

Einsparung durch Arbeitszeiterhöhung

Aufgrund der Arbeitszeiterhöhung für Lehrkräfte wurden im Einzelplan 05 zwischen 2005 und 2010 1.461 Stellen eingezogen. (Drs. 16/6215)

Einsparung durch Stellensperren und unbesetzte Stellen

Im Schuljahr 2009/2010 gab es in den Volksschulen, Berufsschulen, FOS/BOS, Realschulen und Gymnasien 778 gesperrte Stellen und 1.017 unbesetzte Stellen. Diese Stellensperren werden nicht aufgehoben und die unbesetzten Stellen werden nicht besetzt (Drs.16/5645).

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

Einsparung durch verminderte Nachbesetzung

Im Schuljahr 2010/11 scheiden insgesamt 2.540 Lehrerinnen und Lehrer aus dem Schuldienst aus, weitere 1.240 gehen in Altersteilzeit, das macht zusammen 3780 Stellen. Ersetzt werden aber nur 2720 (Drs. 16/1126). Das heißt, es werden allein in diesem Schuljahr 1.060 Stellen eingespart oder nicht bedarfsgerecht wieder besetzt.

Einsparung durch Aushilfskräfte

Insgesamt beschäftigt der Freistaat Bayern 7.310 Aushilfskräfte an den Schulen. (Drs. 16/5645). Allein an den Gymnasien unterrichten fast 3.250 Aushilfskräfte, was 1.300 Planstellen entspricht, die dadurch alleine an den Gymnasien eingespart werden.

Einsparung durch Kombiklassen

2008/2009 wurden 352 Kombiklassen an Grundschulen gebildet (Drs. 16/2566), 2009/10 schon 509 Kombiklassen (DS 16/4225), in vielen Fällen gegen den Widerstand der Eltern. Das entspricht einer Zunahme um 157 Klassen = 44,6 Prozent und einer Einsparung von 509 Lehrerstellen. Ein „erfolgreiches“ Spar-Modell, vor allem an kleinen Schulstandorten. Was die Klassenstärke betrifft, so geht die Staatsregierung „in der Regel“ von „nur“ 25 Schülern aus (+ 5 zusätzliche Unterrichts- bzw. Förderlehrerstunden). Wenn es aber auch jahrgangsgereine Klassen vor Ort gibt, ist auch für die Kombiklasse eine Höchstschülerzahl von 30 erlaubt. (Begründung: Gleichwertigkeit)

Einsparung durch die Inkaufnahme von Unterrichtsausfall

In dem Anfang Dezember veröffentlichten Prüfbericht des Obersten Bayerischen Rechnungshofes wurde der Unterrichtsausfall in Bayern heftig kritisiert. Allein an den von den Rechnungsprüfern untersuchten 220 Realschulen seien demnach elf Prozent der Unterrichtsstunden nicht planmäßig abgehalten worden und 3,6 Prozent ersatzlos ausgefallen. Hochgerechnet (nicht von der SPD, sondern vom Rechnungshof), waren das 855.000 ausgefallene Stunden, davon 283.000 ersatzlos - nur an den Realschulen. Verglichen mit den bisher „offiziell“ genannten und geschönten Zahlen des Kultusministeriums (9,7 bzw. 2,2 Prozent für die Realschulen 09/10) ist das eine ebenso peinliche wie inakzeptable Steigerung.

Auch am G8 ist der Unterrichtsausfall inakzeptabel. 1.763.199 Stunden (8.6%) entfallen, davon 738.083 Stunden (3.6%) ersatzlos. Dies hat einen gesamten Gegenwert von 1625 Lehrerplanstellen.

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

Einsparung durch Wiederbesetzungssperre bei den Sekretariaten
Im Unterschied zum Lehrpersonal trifft die Wiederbesetzungssperre die Schulsekretariate voll. Die ohnehin schon eklatante Unterbesetzung wird nun noch verstärkt, ausgerechnet in dem Jahr, in dem die bayerischen Gymnasien zwei Abiturjahrgänge zu bewältigen haben.

Investitionsquote

Die Bildungsausgaben für die Schulen (ohne Versorgungsleistungen) sind rückläufig. Im Jahr 1993 betrug der Anteil der Ausgaben für die Schulen (ohne Versorgung) am Gesamthaushalt 17,38%. Im Nachtragshaushalt 2010 betrug der gleiche Anteil 17.01%. Damit ist klar: Bayern spart an den Ausgaben für die Schulen wenn die Versorgungsleistungen, die den Schulen nicht direkt zukommen, unberücksichtigt bleiben.

Fazit der Investitionslücke

Statt wie vollmundig getönt, Lehrer zusätzlich einzustellen, ist die Bildungspolitik der CSU mit Hilfe der FDP eine Sparpolitik und geht weit am Bedarf der Schulen, vor allem am Lehrerbedarf, vorbei:

Um die Rückführung der Arbeitszeiterhöhung auszugleichen	1.461
Um die gesperrten und unbesetzten Stellen auszugleichen	1.795
Um den Ersatzbedarf für in Ruhestand oder Alterszeit gehende Lehrkräfte voll und sofort zu ersetzen	1.060
Um den aktuellen Unterrichtsausfall zu kompensieren (nur bis	1.400

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

einschließlich Sekundarstufe 1)

Um Kombiklassen in Einzelklassen zurückzuführen	509
Um Aushilfskräfte ohne Lehramtsbefähigung an den Gymnasien durch ausgebildete Lehrkräfte zu ersetzen	1.300
Um den Abzug 2011 und 2012 von Lehrkräften an die Universitäten auszugleichen	1.100
Gesamt	8625

Tatsächlich müssten in den kommenden Haushaltsjahren viel mehr zusätzliche Lehrerstellen geschaffen werden, als die die Regierung versprochen hat, aber nicht schaffen wird. Vom zusätzlichen Lehrerbedarf für den bedarfsdeckenden Ausbau von Ganztagschulen in Bayern, der Reduzierung der Klassengrößen auf maximal 25 Schüler und Schülerinnen und dem Mehraufwand durch die Umsetzung der Inklusion ganz zu schweigen.

Die CSU/FDP-Koalition in Bayern ist eine Münchhausen-Koalition mit sattem bekannter Strategie: Versprechen, Vertuschen, Schönreden. Kultusminister Spaenle wollte angeblich um jeden Lehrer kämpfen. Er hat den Kampf verloren. Die Haushaltsbeschlüsse des Kabinetts sind eine bildungspolitische Bankrotterklärung und Spaenle ist der größte Verlierer.

- Die Zeche zahlen die Lehrerinnen und Lehrer, insbesondere die Berufseinsteiger und die, die trotz guter Noten und dringendem Bedarf keine Anstellung bekommen.

- Die Zeche zahlen die Eltern, weil sie weiterhin keinen Ganztagsplatz für ihre Kinder bekommen, weil der Unterricht zunehmend nach Hause verlagert wird und die Kosten für Nachhilfe steigen.

- Die Zeche zahlen aber vor allem die Schülerinnen und Schüler, die in großen Klassen und in immer weniger Zeit immer mehr leisten müssen. Auf Kosten von Lernfreude, Freizeit und außerschulischen Interessen. Von individueller Förderung und Bildungsgerechtigkeit kann keine Rede sein.

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

Die Konsequenz bayerischer Bildungspolitik

Beispiel: Schülerproteste gehen in die nächste Runde

Viele tausend Schülerinnen und Schüler und Studentinnen und Studenten gingen am 12. Februar, am 17. Juni und am 2. Dezember dieses Jahres für eine bessere Schule und bessere Bildungsbedingungen auf die Straße. Ausgerechnet der dadurch verursachte „Unterrichtsausfall“ wurde aber von einigen Schulen mit Verweisen oder gar verschärften Verweisen geahndet. Kultusminister Spaenle konnte sich nicht dazu durchringen, den Schulleitungen einen moderaten und konstruktiven Umgang mit demonstrierenden jungen Menschen naheulegen, sondern überließ den Konsequenzen den einzelnen Schulleitungen.

Mutige junge Menschen, die nicht etwa gegen Schule und Bildung, sondern für mehr und bessere Bildung demonstrieren, werden unter Druck gesetzt und vom Kultusministerium im Stich gelassen. Dabei sind ihre Forderungen allesamt nachvollziehbar und berechtigt. Durch die wenig verständnisvollen Reaktionen mancher Schulen und Behörden wird das Demokratieverständnis der Jugendlichen mehr erschüttert als gefördert. Der Kultusminister sollte an dieser Stelle sensibler agieren, aber vor allem endlich dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen an Bayerns Schulen verbessert werden und die Schülerproteste nicht mehr notwendig sind.

Die Konsequenz bayerischer Bildungspolitik

Beispiel: Doppelter Abiturjahrgang – halbe Kraft voraus

72 000 Schülerinnen und Schüler werden nächstens Jahr im März und Mai ihr Abitur machen. Hinzu kommen noch 37.000 Realschüler und 11.000 Hauptschüler, die ihren Abschluss machen. Durch die Aussetzung der Wehrpflicht wird die Situation noch verschlimmert. Spätestens 2010 hätten alle Anstrengungen unternommen werden müssen, den Schulabgängern echte Perspektive zu eröffnen. Doch weder die Hochschulen noch der Ausbildungsmarkt haben ernsthafte Vorbereitungen getroffen, die große Zahl junger Leute unterzubringen. Die Einstellungsmöglichkeiten im Öffentlichen Dienst werden zurückgefahren. An den Berufsschulen wurden keine zusätzlichen Kapazitäten geschaffen. Und die Universitäten wurden mit dem Beschluss der Staatsregierung konfrontiert, noch in diesem Jahr 13 Millionen Euro einzusparen. D.h. die Sachmittel und Investitionen wurden gekürzt, dringend benötigte Stellen sind gesperrt und bereits geplante Baumaßnahmen werden gestoppt.

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

Es ist skandalös, wie wenig Interesse bei der CSU/FDP-Staatsregierung besteht, den Schulabgängern die Sorgen zu nehmen und ihnen echte Perspektiven zu schaffen. Es werden zwar Planstellen zwischen Gymnasien und Hochschulen hin und her geschoben, doch die Decke bleibt immer zu kurz. Die historische Chance, so viele junge Menschen wie noch nie für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Bayern auszubilden, wurde und wird verspielt.

Die Konsequenz bayerischer Bildungspolitik

Beispiel: Spaenle isoliert und überfordert

Kultusminister Spaenle hat nicht nur daheim massive Probleme - u.a. 60.000 Überstunden in seinem Ministerium ohne Verbesserungen in der Schullandschaft - auch die einjährige Präsidentschaft in der Kultusministerkonferenz geht am 31.12.2010 erfolglos zu Ende. Kein Fortschritt bei der Inklusion. Dafür sorgte Spaenle durch sein ideologisches Beharren auf dem dreigliedrigen Schulsystem dafür, dass Bayern bildungspolitisch in Deutschland immer mehr isoliert wird. Nur die beiden Ministerkollegen aus Sachsen und Baden-Württemberg waren auf seiner Seite, als Spaenle das Loblied auf das gegliederte Schulsystem sang. Und selbst in Sachsen gibt es Gemeinschaftsschulen und ein zweigliedriges Schulwesen.

Fazit

Kultusminister Spaenle hat es weder geschafft, nach der wenig durchdachten „Reformitis“-Phase seit Amtsantritt die bayerische Schulpolitik in ruhiges Fahrwasser zu lenken, und Lehrern, Schülern und Eltern verlässliche Strukturen an die Hand zu geben, noch hat er als Präsident der Kultusministerkonferenz Impulse gesetzt. Im Gegenteil, trotz zwölfmonatiger intensiver Auseinandersetzung mit den Kollegen/-innen aus anderen Bundesländern ist Minister Spaenle unbelehrbar und treibt Bayer immer weiter in die bildungspolitische Isolation.

Ausblick auf das Jahr 2011

Schwerpunktthemen der SPD-Landtagsfraktion

Wir werden uns im Rahmen der Haushaltsberatungen Anfang 2011 für deutliche Verbesserungen in den Schulen einsetzen. Bildung hat Priorität – Bildung ist Zukunftsinvestition und das wird in den Vorschlägen der SPD-Landtagsfraktion zum Doppelhaushalt 2011/2012 sehr deutlich zum Ausdruck kommen. Wir

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

werden Einsparpotenziale und Effizienzressourcen im Kultusetat herausarbeiten und Vorschläge zur Gegenfinanzierung machen. Das prioritäre Ziel der SPD Fraktion in der Bildungspolitik ist und bleibt auch im Jahr 2011 die Verbesserung der Rahmenbedingungen an allen Schularten mit dem Ziel:

- die Individuelle Förderung aller Schüler und Schülerinnen in den Mittelpunkt zu stellen, den Leistungsdruck und die Schulangst zu beseitigen,
- die Arbeitsbedingungen des pädagogischen Personals zu verbessern und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Eltern zu stärken,
- Schulsozialarbeit und Schulpsychologie an allen Schulen bedarfsgerecht sicher zu stellen,
- die Klassenstärken auf die Richtgröße von 25 Schüler und Schülerinnen an allen weiterführenden Schulen umzusetzen,
- Eine Unterrichtsgarantie einzuführen,
- Einen Rechtsanspruch auf einen gebundenen Ganztagschulplatz an den Schulen gesetzlich zu verankern

Gemeinschaftsschule als zusätzliche Alternative in der Schullandschaft

Wir werden die Öffentlichkeit detailliert über unser Konzept der Gemeinschaftsschule informieren. Wir werden im Rahmen einer groß angelegten Informationsreise durch ganz Bayern den Bürgerinnen und Bürgern erklären, warum die Gemeinschaftsschule auch für Bayern eine Alternative ist. Dazu werden wir in unserer Klausurtagung in Kloster Irsee die Weichen stellen.

Während sich die die Staatsregierung bei der Herausforderung der demographischen Entwicklung auf die äußerst fragwürdige Mittelschule konzentriert und die anderen Schulen vernachlässigt, ist die Gemeinschaftsschule die Zukunftsantwort für alle Schularten. Alleine der Schülerzuwachs im 10-Jahresvergleich bei den Realschulen beträgt 59,4 %, bei den Gymnasien 21,7%. Auf diese dramatischen Schülerwanderungen hat die CSU/FDP keine Antwort.

Mehr Selbstständigkeit für Bayerns Schulen

Wir werden einen Gesetzentwurf vorlegen, der den bayerischen Schulen endlich mehr Selbstständigkeit einräumt. Ob pädagogisches Konzept, organisatorische und inhaltliche Unterrichtsgestaltung, ein oder mehrere Schulabschlüsse – Schulen müssen sich auf die Ansprüche und Bedürfnisse vor Ort einstellen können und einstellen dürfen. Sie müssen auf Veränderungen reagieren und eigene Schwerpunkte setzen dürfen. Dafür brauchen sie mehr Freiraum und mehr Selbstständigkeit. Wir werden dies mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des Bay

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

EUG einfordern.

Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Wir werden im Jahr 2011 Vorschläge erarbeiten wie die Schulen in Bayern zu inklusiven Schulen „umgebaut“ werden können, wie die bereits vorhandenen Bemühungen einzelner Schulen in Sachen UN-Konvention unterstützt werden können und wie das Recht der Eltern die Schulart für ihre Kinder auszuwählen umgesetzt werden kann.

Erkennbarer Ausbau von gebundenen Ganztagschulen

Wir werden den versprochenen und erforderlichen Ausbau der gebundenen Ganztagschulen weiter konsequent einfordern. Für gerade 10% der bayerischen Schüler und Schülerinnen stehen Ganztagsplätze (gebundene und offenen Angebote) zur Verfügung. Damit ist Bayern bundesweit weit abgeschlagen. In nennenswertem Umfang gibt es Ganztagsangebote überhaupt nur an den Hauptschulen (Mittelschulen). Wir gehen von einem Bedarf in den nächsten Jahren von über 20% für gebundene Ganztagsplätze aus.

Herstellung von gerechten Bildungschancen für alle Kinder und jungen Erwachsenen

Wir werden alles daran setzen, die Ungerechtigkeit im Bildungssystem zu beseitigen. Dies gilt sowohl für die deutschen Schüler und Schülerinnen als auch für alle Kinder mit Migrationshintergrund. Während 36,4 Prozent der deutschen Kinder nach der Grundschule eine Hauptschule besuchen sind es bei den Kindern mit Migrationshintergrund 61,6 Prozent An ein Gymnasium gehen 38,4 Prozent der deutschen Kinder aber nur 20,3 Prozent der ausländischen Schüler und Schülerinnen.

Mit freundlichen Grüßen

Edwin Raithel

Pressereferent

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de